

## Newsletter Mechthild Rawert **KOMPAKT.**

Ausgabe 9 / Oktober 2009



**kompetent. lebensnah. vor Ort.**

Liebe Bürgerinnen,  
lieber Bürger,

ich danke allen, die der SPD mit ihrer Zweitstimme und mir mit ihrer Erststimme ihr Vertrauen am 27. September ausgesprochen haben. Das Wahlergebnis hat leider nicht gereicht, um weiterhin Ihre direkt gewählte Bundestagsabgeordnete zu sein. Ich gratuliere dem CDU-Gegenkandidaten Dr. Jan-Marco Luczak hierzu. Ich versichere Ihnen: Auch in den nächsten vier Jahren werde ich Ihre und die Interessen der SPD vertreten: stark im Parlament und stark in Tempelhof-Schöneberg!

Danken möchte ich all den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die gemeinsam mit mir einen engagierten Wahlkampf geführt haben. Wir waren präsent auf den Straßen, bei vielen Projekten, auf Veranstaltungen und bei Ihnen zu Hause.

Mich freut, dass sich 74,3 Prozent der BürgerInnen Tempelhof-Schönebergs an der Bundestagswahl beteiligt haben. Damit liegen wir oberhalb der durchschnittlichen Berliner Wahlbeteiligung von 70,9 Prozent. Auch dafür Danke!

Zweifellos ist das Ergebnis der SPD in Berlin (20,2 Prozent) und bundesweit (23 Prozent) für uns SozialdemokratInnen ein schwerer Schlag. Wir werden in den kommenden Monaten und Jahren darum kämpfen, die SPD für Sie erkennbar mit einem festen Standbein für soziale Gerechtigkeit, mit Wirtschafts- und Finanzkompetenz, für ökologische Nachhaltigkeit, Gleichstellung und Respekt vor Vielfalt, Teilhabe und Bürgergesellschaft stark aufzustellen.

Sowohl der Regierung als auch den anderen Oppositionsparteien gegenüber werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Parlament aus der Opposition heraus eine überzeugende Gestaltungskraft gewinnen (müssen).

Ich lade Sie ein, diesen politischen Prozess aktiv zu begleiten. Auf den Kontakt mit Ihnen und Ihre Rückmeldungen freue ich mich.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg

*Mechthild Rawert*

### Treffen Sie mich im Wahlkreis - eine Auswahl.

- Sa., 17.10., 14.00 Uhr, 9. PatientInnenkongress Osteoporose, Mechthild Rawert beim Women-Leaders-Round-Table „Frauenpower gegen Osteoporose“, An der Urania 17, 10787 Schöneberg.
- So., 18.10., 11.30-13.30 Uhr, Ausstellungseröffnung 1000 FriedensFrauen weltweit, im Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin.
- Mo., 19.10., 20.00-22.00 Uhr, „Ziele und Umsetzung der Schulstrukturreform“, Veranstaltung der SPD Tempelhof-Schöneberg mit Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin, Rathaus Schöneberg, Raum 1110, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin.
- Fr., 23.10., 14.30-17.00 Uhr, Ehrengast beim Galakonzert der Seniorenbetreuung Tempelhof-Schöneberg in der Berliner Philharmonie, Herbert-von-Karajan-Str. 1, 10785 Berlin.
- Mo., 26.10., 17.00-18.00 Uhr, Podiumsdiskussion bei der Festveranstaltung 90 Jahre frauenpolitisches Engagement des SoVD zum Thema „Wie geht es weiter in der Frauenpolitik vier Wochen nach der Bundestagswahl“, Bärensaal, Senatsverwaltung für Inneres, Klosterstr. 47, 10179 Berlin.
- Mi., 28.10., 19.00-20.30 Uhr, Verleihung Willy-Brandt-Preis zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern, Festveranstaltung „Vor 40 Jahren - Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler“. Festredner ist Franz Müntefering, SPD-Bundesvorsitzender, Brandenburghalle im Rathaus Schöneberg.

### INHALT.

#### ■ Frauen.

Mechthild Rawert: Gratulation zu 60 Jahre Deutscher Frauenring e.V. .... 2

Frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Holzhüter gestorben ..... 2

#### ■ Umwelt/Energie.

Rawert: Junge Menschen sorgen sich zu Recht um ihre Umwelt..... 3

Berlin - Lebensqualität und Klimaschutz als zwei Seiten einer Medaille..... 3

#### ■ Partei.

Resolution des Landesvorstandes SPD Berlin zur Bundestagswahl 2009..... 4-5

SPD: Aus der Opposition heraus Gestaltungskraft gewinnen..... 5

#### ■ Gedenktage.

Welttag für menschenwürdige Arbeit als Zeichen für mehr internationale Zusammenarbeit..... 6

Weltherztag am 27. September macht seinem Namen alle Ehre..... 6

## ■ Mechthild Rawert: Gratulation zu 60 Jahre Deutscher Frauenring e.V.

„Ein großer Raum gefüllt mit engagierten Frauen vibriert geradezu vor Frauenpower und gibt Auftrieb für den weiteren Kampf für Emanzipation und Geschlechtergerechtigkeit“ konstatiert Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg, im Anschluss an den Festakt anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Deutschen Frauenring e.V. (DFR). Der wurde gefeiert am 9. Oktober 2009 im Logenhaus in Berlin.

„Wir entscheiden darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Wir entscheiden darüber, dass unser Zusammenleben darauf beruht, allen eine politische, ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe zu gewähren“, fasst Mechthild Rawert ihren Eindruck aus den Gesprächen mit Vertreterinnen des DFR zusammen. „Viele Frauen arbeiten am Abbau der Entgeltdiskriminierung und wollen Lohngleichheit. Wenn so viele Frauen am gleichen Ziel arbeiten, werden wir politisch etwas bewegen.“

Renate Augstein vom Bundesfrauenministerium skizzierte das erfolgreiche Wirken des Deutschen Frauenrings für Berufsrückkehrerinnen und das deutliche Bestreben, Gleichstellungspolitik in der gesamten Lebenslaufperspektive zu betrachten. Auch die Mitarbeit des DFR am CEDAW-Alternativbericht sei immer produktiv gewesen. Der Alternativbericht der Allianz von Frauenorganisationen Deutschlands reagiert jeweils auf den Bericht der Bundesregierung zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW). Der letzte Bericht wurde im Dezember 2008 vorgelegt.

### Frauen sind nicht nur Opfer

Brigitte Triems, Präsidentin der Europäischen Frauenlobby (European Women's Lobby - EWL) mit Sitz in Brüssel, stellte Europas größte Dachorganisation mit über 2.500 Frauen-Vereinigungen und Interessenverbänden aus den Mitgliedsstaaten der Europä-

ischen Union vor. Triems rief den langen und noch notwendigen Kampf der Frauenbewegung ins Bewusstsein: Den Kampf um das Frauenwahlrecht - noch immer nicht in allen Ländern umgesetzt, den Kampf gegen Gewalt, insbesondere gegen häusliche Gewalt, den notwendigen Aufbau einer Genderarchitektur der UNO.

Gleichzeitig stellte Triems klar: „Aber bei aller kritischen Betrachtung, sollten wir eins nicht vergessen: Frauen sind stark und nicht nur Opfer. Gerade in der gegenwärtigen Krise wird das ganz besonders deutlich, wo immer wieder betont wird, dass die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Konjunkturabschwächung gravierend sind und Frauen die Hauptlast der Krise zu tragen haben.“ Dabei werde gern übersehen, so Triems weiter, dass Frauen die größte und die am wenigsten anerkannte Kraft für wirtschaftliches Wachstum auf diesem Planeten seien. „Sie haben in den vergangenen Jahren mehr zur Expansion der Weltwirtschaft beigetragen als die neuen Technologien oder die aufstrebenden Märkte in China oder Indien.“

### Frauen dürfen nicht Hauptverliererinnen sein

Auch in der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise werde immer wieder vergessen, dass Frauen die Hauptarbeit leisten würden. Sie dürften jetzt nicht die Hauptverliererinnen werden. Erfreulich sei, dass der Lissabon-Vertrag die Gleichstellung der Geschlechter als einen eigenständigen Wert heraus stelle. Frauen in Europa bräuchten eine starke Lobby, dazu trage der DFR bei. Brigitte Triems erinnerte an die Schriftstellerin Ricarda Huch und gab deren Erkenntnis den anwesenden Frauen mit auf den Weg: „Wer rückwärts sieht, gibt sich verloren. Wer lebt und leben will, muß vorwärts sehen.“ ■



## ■ Frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Holzhüter gestorben



Im Alter von 72 Jahren ist am 25. September die frühere Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg, Ingrid Holzhüter, verstorben.

"Ingrid Holzhüter war eine Frau, die sich überall mit viel Herz engagiert hat. Sie war eine Frau der Tat. Die Belange von alleinerziehenden Frauen lagen ihr ganz besonders am Herzen und sie hat vielen Menschen ganz praktische Hilfestellung gegeben. Ich verliere mit Ingrid Holzhüter eine poli-

tische Freundin, die auch mir immer mit Rat und Tat zur Seite stand. Bemerkenswert war ihr Humor in allen Lebenslagen. Ich vermisse Ingrid Holzhüter", so die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert zum Tod von Ingrid Holzhüter.

Nach ihrem Eintritt in die SPD 1975 engagierte sie sich in der Kommunalpolitik und in der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF). Von 1978 bis 1987 war sie Kreisvorsitzende der ASF in Tempelhof, von 1988 bis 1990 Landesvorsitzende der ASF Berlin. Von 1987 bis 1994 war sie

Mitglied im ASF-Bundesvorstand und Mitglied des SPD Landesvorstandes Berlin.

Vier Jahre lang engagierte sie sich in der Tempelhofer Bezirkspolitik, 1985 wurde sie das erste Mal ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Sie wurde frauenpolitische Sprecherin und leitete mit großem Engagement die Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion, die ein Beratungsangebot für Frauen machte und sich gegen Diskriminierung in allen Bereichen einsetzte. 1994 wechselte sie vom Berliner Abgeordnetenhaus in den Deutschen Bundestag, dem sie acht Jahre lang angehörte.

Als Tempelhofer Abgeordnete hielt sie engen Kontakt zu Sportvereinen und Kleingärtnern, sie setzte sich für Schulen und Jugendeinrichtungen im Bezirk ein, war Fördermitglied von Vereinen und sozialen Organisationen. Sie wollte keine abgehobene Politik machen, sondern nah bei den Menschen sein, die sie aus ihrer früheren Tätigkeit als Spielwarenfachverkäuferin mit ihren Alltagssorgen und Hoffnungen gut kannte und mit denen sie als Abgeordnete im Gespräch blieb, bei Kaffeetafeln mit Backwettbewerben oder bei politischen Diskussionen.

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag engagierte sie sich weiter für Menschenrechte, ein besonderes Anliegen war ihr dabei die Unterstützung der Opposition im Iran. ■

## ■ Rawert: Junge Menschen sorgen sich zu Recht um ihre Umwelt

„Gerade in Sachen Energiepolitik sollten wir unseren Kinder zuhören und aufhören, ihre Zukunft auf unserem Planeten zu gefährden“, forderte die SPD-Abgeordnete Mechthild Rawert aus Tempelhof-Schöneberg. Am 7. Oktober waren drei Schulklassen der Werbellinsee-Grundschule aus Berlin Schöneberg Gäste der Bundestagsabgeordneten im Reichstag.

Im Fraktionssaal der SPD-Bundestagsfraktion konnten die 81 SechstklässlerInnen die Politikerin alles fragen, was sie zum Thema Politik, Bundestag und Parteien, zum Leben im Allgemeinen und zum Leben von Mechthild Rawert im Besonderen interessierte. Und die aufgeweckten Schülerinnen und Schüler hatten viele Fragen. „Mir ist äußerst positiv aufgefallen, dass sich die Schülerinnen und Schüler trotz ihres jungen Alters sehr für Politik interessieren und hier auch schon viel wissen“, freut sich die Sozialdemokratin.

### Atomkraft ist gefährlich

Ein wichtiges Thema für die Kinder war der Atomausstieg. Für die SchülerInnen ist völlig unverständlich, wieso daran wieder gerüttelt werden soll. „Für die Schülerinnen und Schüler

ist diese Frage ganz einfach zu beantworten: Atomkraft ist gefährlich, die Frage der Endlagerung ist offen, erneuerbare Energien sind sauber. Fazit: Es gibt keinen Grund für eine Verlängerung der Laufzeiten.



Die kommende Bundesregierung sollte sich hier ein Beispiel an den Kindern nehmen und aufhören, allein an das Wohl der Energiekonzerne zu denken“, so Rawert. „Wenn ein Schüler oder eine Schülerin mich fragt, ob wir den Atommüll nicht unter dem Meeresspiegel lagern können, weil er dort weit weg ist, dann ist das ein deutliches Zeichen dafür, dass dieser junge Mensch sich Sorgen um unsere gemeinsame Umwelt und Sicherheit macht.“

Beendet wurde der Vormittag mit einer Besichtigung der Kuppel. „Ich freue mich immer, wenn Bürgerinnen und Bürger egal welchen Alters in den Reichstag kommen und sich anschauen, wo und wie Politik gemacht wird. Die Menschen sollen uns auf den Zahn fühlen und kontrollieren, ob wir unsere Arbeit gut machen. Auch so wird Vertrauen in die Demokratie gestärkt. Aus diesem Grund lade ich immer wieder gerne Menschen hierher ein“, betonte Mechthild Rawert. ■

## ■ Berlin - Lebensqualität und Klimaschutz als zwei Seiten einer Medaille

„Eine ressourcenschonende neue industrielle Revolution ist für unsere Zukunft notwendig. Wir müssen uns den Herausforderungen des Klimaschutzes stellen und noch mehr: Wir müssen uns der Phase der Re-Industrialisierung mit neuen Produkten stellen. Nur so schützen wir das Klima und die Umwelt und schaffen gleichzeitig neue Arbeitsplätze. Bereits Frank-Walter Steinmeier hatte mit seinem ‚Deutschlandplan‘ auf den Zukunftsmarkt ‚Erneuerbare Energien‘ verwiesen“, so Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg, im Anschluss an die Veranstaltung „Die grüne Hauptstadt - Zur Zukunft der Green Economy in Berlin“ am 12. Oktober 2009 im Abgeordnetenhaus von Berlin.



Rainer Sturm/www.pixelio.de

„Die Kernenergie ist kein Zukunftsmarkt“, stellte Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) heraus. Nach Meinung der Energieexpertin ist Klimaschutz nicht nur ein Kosten-Faktor, sondern vor allem auch ein Wirtschafts-Motor. Hier habe Berlin mit seinen entsprechenden Unternehmen und Forschungsstätten gute Chancen.

Ein Wachstumsmotor liege in der Bewältigung der Energieknappheit bei den fossilen Energien Erdöl, Erdgas und Kohle. „Grüne Märkte“ seien u.a. die Energieeffizienz, die Entwicklung und Vermarktung neuer Produktionsformen bei der Energieerzeugung sowie die Kreislaufwirtschaft wie Recycling. Zwar sei Deutschland international gut aufgestellt und Marktführer in einigen Bereichen. Wissen und auch Technologie sei bereits vorhanden. Nachholbedarf bestehe aber in großem Umfang in der nachhaltigen Mobilität. Nicht hinnehmbar sei das zögerliche

Agieren der Banken, die mangelnde Risikofreude, wenn Unternehmen in „grüne“ Märkte, in green tec, umweltfreundliche und ressourcensparende Märkte strömen wollen. Vielmehr gelte es, jetzt die Krise zu nutzen, um Klimaschutz auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten voranzutreiben und damit zukunftsträchtige Arbeitsplätze zu schaffen.

Seit dem 01. Januar 2009 gilt eine novelierte Fassung des Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), mit dem der Ausbau von Strom- und Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen gefördert wird.

### Bewusstsein für Klimaschutz längst vorhanden

Dr. Stephan Krämer, Vice President Business von Converteam GmbH, auch ansässig in Marienfelde, betonte, dass mit diesem Gesetz Planungssicherheit für die Wirtschaft bestehe. „Schließlich muss sich Energieeffizienz auch in jedem Sektor betriebswirtschaftlich rechnen.“ Das politische Bewusstsein für den Klimaschutz und für erneuerbaren Energieverbrauch sei in der Politik und bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern längst angekommen. Zur win-win-Situation gehöre aber auch, dass Unternehmen verlässliche Anreize haben, um in diesem so bedeutsamen Marktsegment zu agieren.

„Aus meiner Sicht tragen die Berliner landeseigenen Unternehmen eine besondere Verantwortung bei der Steigerung von Energieeffizienz. Hier können wir deutliche Zeichen setzen und Innovationskerne und -Leuchttürme schaffen: bei der BVG und der S-Bahn im Bereich der nachhaltigen Mobilität, bei der BSR im Recycling, etc.“, schlussfolgert Mechthild Rawert und unterstreicht ihr persönliches Engagement auch in diesem Bereich. ■

## ■ **Resolution des Landesvorstandes SPD Berlin zur Bundestagswahl 2009**

Die Delegierten des Landesparteitags der Berliner SPD haben am 10. Oktober angesichts der schweren Wahlniederlage einen klaren Richtungswechsel gefordert.

Klaus Wowereit forderte, „die SPD muss die Vision einer solidarischen Zukunft entwickeln“, die Zukunftsängste der Menschen stärker aufnehmen, ihnen Sicherheit geben. Änderungen müssten gerade dort erfolgen, wo die Bürgerinnen und Bürger Gerechtigkeitslücken verspürten.

### ■ **Dokumentation der Resolution in der Beschlussfassung vom 10.10.2009**

Die SPD hat mit 22,9 Prozent eine dramatische Wahlniederlage erlitten, die in der bundesdeutschen Geschichte der Sozialdemokratie einmalig ist. Der Substanzverlust der Volkspartei SPD hat eine Qualität erreicht, die wahrnehmbare personelle und strategische Veränderungen in der Parteiführung und in ihrer Politik erforderlich macht.

Der drastische Verlust an Wählerstimmen ist auch Teil eines längerfristigen Prozesses des Verlustes an Wählervertrauen, der nach 1999 mit dem Blair-Schröder-Papier („neue Mitte“) und der Reformpolitik der „Agenda2010“ ab 2003 einsetzte. Der von vielen Menschen wahrgenommene Bruch mit dem programmatischen Kern der SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit und der „kleinen Leute“ mündete in einen bis heute andauernden nachhaltigen Verlust von traditionellen Wählerschichten ohne dass dauerhaft relevante neue Wählerschichten erschlossen werden konnten. Eine „Politik der Mitte“ ohne festes Standbein im traditionellen Wählermilieu findet offensichtlich keine Akzeptanz. Nur mit einem klaren sozialen Profil wird die SPD als linke Volkspartei von links auch die solidarische Mitte ansprechen können und wieder strukturell mehrheitsfähig werden können.

Zum ersten Mal seit 1998 erreicht das konservativ-liberale Lager in Deutschland bei einer Bundestagswahl eine Mehrheit der Wählerstimmen. Im Vergleich zu 1998 konnte die SPD am 27. September 2009 mit etwa 10 Millionen Wählerinnen und Wählern nur noch rund die Hälfte der Stimmen an sich binden. Die Situation ist vertrackt: die Wählerinnen und Wähler sind zu ungefähr gleichen Teilen an CDU/CSU, Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen abgewandert. Zu kleineren Teilen verlor sie an die FDP, vor allem aber zum größten Teil an das Lager der Nichtwähler. Dies zeigt dreierlei:

- Es ist der SPD nicht gelungen, sich innerhalb der Koalition glaubhaft zu profilieren. Im Gegenteil: die SPD verlor in den vier Jahren durch die Politik der „großen Koalition“ in wesentlichen Bereichen ihre Unterscheidbarkeit zur Union, obwohl es eine erkennbare sozialdemokratische Handschrift der Koalition gab.

- Taktisch hat sich die SPD zur Bundestagswahl 2009 in eine selbstgestellte Falle manövriert: Es wurde bislang nicht ernsthaft versucht, einen kritischen Dialog zwischen SPD, Linkspartei und Grünen über gemeinsame wie trennende Ziele und Perspektiven zu etablieren. Durch den Ausschluss von Koalitionsoptionen standen damit faktisch nur die beiden unpopulären Optionen einer Ampel und einer erneuten schwarz-roten Koalition im Raum.

In der bundesweit beachteten Resolution der Berliner Linken, die von den Delegierten in geänderter Fassung beschlossen wurde, wurde darauf verwiesen, dass die SPD nur mit einem klaren sozialen Profil „als linke Volkspartei von links auch die solidarische Mitte ansprechen (...) und wieder strukturell mehrheitsfähig werden“ könne. „Die innerparteiliche Demokratie muss gestärkt werden. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für ein geschärftes Profil“, so Mechthild Rawert.

- Letztlich ist es nicht gelungen, sich ein eigenständiges Profil zu erarbeiten. Dieses unscharfe Profil der SPD, ihr zögerliches Agieren und die mehr als wackelige strategische Ausrichtung in den Koalitionsaussagen führte unterm Strich zu einer Situation, mit der viele Wählerinnen und Wähler nicht (mehr) erreicht werden konnten – trotz eines klaren Wahlprogramms.

Bei der notwendigen Neuaufstellung der SPD für die kommenden Jahre ist ein glaubwürdiger Neuanfang nur möglich, wenn es auch zu personellen Veränderungen an der Parteispitze kommt. Das hat nicht nur mit dem medialen Aspekt einer wahrnehmbaren Reaktion auf die Wahlniederlage zu tun, sondern insbesondere mit der Notwendigkeit einer personell unterlegten Glaubwürdigkeit für Politikalternativen links von der CDU, einer selbstkritischen Analyse der SPD-Politik seit 1999 der Entwicklung einer überzeugenden Strategie für die Zukunft des Sozialstaates und die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit für breite Schichten in Deutschland.

Das katastrophale Ergebnis auf Bundesebene spiegelt sich im schlechten Berliner Ergebnis. Die Berliner SPD muss ihr unterdurchschnittliches Ergebnis mit 20,2 % und lediglich 2 von 12 Direktmandaten ernst nehmen. Wir werden das Berliner Wahlergebnis gründlich analysieren und dann als die linke Volkspartei in Berlin die entsprechenden strategischen Entscheidungen treffen. Die schmale Wählerbasis, auch bei den Personenwahlen in den Wahlkreisen, belegt die Notwendigkeit, als Berliner SPD mit dem Regierenden Bürgermeister stärker als „Berlin-Partei“ wahrgenommen zu werden. Die Wählerbasis muss durch erhöhte Präsenz und Lösungskompetenz vor Ort in Berlin deutlich angehoben werden. Die SPD muss wieder stärkste Partei in der Hauptstadt werden, wenn sie bei der anstehenden Neuaufstellung der Bundes-SPD und der Gestaltung Berlins eine Rolle spielen will. Auch und gerade in Berlin muss die SPD deshalb unverwechselbar linke Volkspartei sein und ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Das Programm dafür haben wir und die notwendigen Schwerpunkte wurden ebenfalls formuliert – nun ist es an uns und an den handelnden Personen, sie wahrnehmbar umzusetzen.

Allerdings manifestiert sich mit knapp 60 Prozent eine klare linke Mehrheit in Berlin mit gegenseitigen Ansätzen zur Zusammenarbeit. Gleichzeitig muss klar sein: Linkspartei und Grüne sind politische Konkurrenz, die im gleichen Lager Wählerinnen und Wähler ansprechen. Eine Profilierung auch gegenüber Linkspartei und Grünen ist und bleibt in Hinblick auf 2011 zwingend notwendig.

### **Erste Anforderungen:**

#### **a. Inhaltliche Profilierung**

Mit ihrem Hamburger Programm ist die SPD gut aufgestellt. Auch das Wahlprogramm für die Bundestagswahl hat die

*Fortsetzung auf Seite 5*

*Fortsetzung von Seite 4*

richtigen programmatischen Anforderungen formuliert. Die SPD bleibt ihrem Anspruch nach, die soziale Reformkraft in Deutschland. Der SPD ist es jedoch nicht gelungen, aus den richtigen programmatischen Grundlagen ein für die Wählerinnen und Wähler erkennbares, attraktives politisches Profil abzuleiten. In den kommenden Monaten wird die SPD definieren müssen, wo sie über die bisherigen Korrekturen hinaus Handlungsbedarf an zentralen Projekten der bisherigen Regierungspolitik im Bund (wie etwa Hartz IV, Rente mit 67, Afghanistan) sieht. Selbstbewusst gilt es aber auch zu betonen, wo die SPD-Regierungsbilanz seit 1998 Erfolge vorzuweisen hat, wie etwa bei der rot-grünen Wende in der Energiepolitik.

#### **b. Strategische Ausrichtung**

In der Vergangenheit hat die SPD die Linkspartei zunächst ignoriert, dann tabuisiert. Beides war wenig erfolgreich. Es war und ist richtig, der Linkspartei für die Bundestagswahl 2009 die Regierungsfähigkeit abzusprechen. In den kommenden Jahren kommt es aber darauf an, Bedingungen zu stellen und der Linkspartei außenpolitische Verlässlichkeit und ökonomische Rationalität abzufordern. Nur so kann die Linkspartei zur Regierungsfähigkeit gezwungen und so verhindert werden, dass sie als reine Protestpartei unzufriedene Wählerstimmen einsammelt.

Die politische Auseinandersetzung muss sich darauf konzentrieren, dass die gesellschaftliche Linke in Deutschland wieder eine Mehrheit erhält und die sie tragenden Parteien untereinander koalitionsfähig werden. Dies ist nur dann möglich, wenn die SPD als linke Volkspartei mit ihren Konzepten Wählerinnen und Wähler in breiten Schichten der Bevölkerung erreicht und die Nichtwähler dieser Wahl wieder aktiviert. Und künftig auf kontraproduktive Tabuisierungen einzelner Koalitionsoptionen verzichtet.

Durch die Erneuerung der SPD in ihrer Rolle der Opposition wird die politische Aufmerksamkeit sich stärker als bisher auch auf die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und SPD-Minister erstrecken. Diesen kommt daher eine besondere Verantwortung zu. Deshalb hat die Bildung von Landesregierungen unter Einschluss der Linkspartei unter den neuen Vorgaben einer schwarz-gelben Bundesregierung eine hohe taktische (Bundesrat) und strategische (Machtoptionen für die Zukunft) Bedeutung.

Berlin zeigt mit seiner Regierungskoalition aus SPD und Linkspartei, wie sich rot-rote Zusammenarbeit in gute Politik für das Land umsetzen lässt. Berlin kann als Beispiel für neue Perspektiven stehen. Unter der Führung der SPD müssen neue

Koalitionsoptionen aufgezeigt werden.

#### **c. Wegmarken: Bundesparteitag 2009 und Perspektivparteitag 2010**

Neben dem Bundesparteitag im November, der einen neuen Vorstand wählt und erste Schlüsse für die Neuformierung der SPD in der Opposition im Bund zieht, ist eine längere Perspektivdiskussion notwendig. Wir schlagen daher vor, im Herbst 2010 zu einem außerordentlichen Bundesparteitag zusammen zu kommen, der inhaltliche, strategische und organisationspolitische Perspektiven erarbeitet. Ihm vorangestellt ist eine Diskussion in den Gliederungen der SPD, deren Beiträge für den Parteitag 2010 aufbereitet werden.

Der SPD-Landesvorstand legt zeitnah ein umfassendes Konzept zur Strukturierung der Berliner Debatte über die Auseinandersetzung mit den inhaltlichen, strategischen und organisationspolitischen Fragen vor. Hierfür wird es einen konkreten Zeitplan sowie Vorschläge zu geeigneten Diskussionsforen geben. Ziel ist ein umfassender Austausch zwischen den Amts- und FunktionsträgerInnen, Basismitgliedern und Interessierten über die Zukunft der SPD. Eine Auseinandersetzung mit den politischen Entscheidungen der vergangenen elf Jahre und ihrer Durchsetzung – insbesondere in der SPD – bildet die Basis dieses Prozesses.

Ein entsprechender Diskussionsprozess muss auch auf der Bundesebene der SPD stattfinden. Die Berliner SPD und ihre VertreterInnen werden sich dafür einsetzen, dass dieser Prozess angestoßen wird und die Ergebnisse der Berliner Diskussion auch auf der Bundesebene abgebildet und berücksichtigt werden.

#### **d. Innerparteiliche Demokratie**

Die jüngere Vergangenheit hat gezeigt, dass es für eine Mitglieder- und Programmpartei unverzichtbar ist, dass Entscheidungen zu inhaltlichen und personellen Grundentscheidungen nicht in kleinen Zirkeln fallen und in Basta!-Manier durchgesetzt werden dürfen, sondern unter Beteiligung der Partei und ihrer Gliederungen zustande kommen müssen. Nicht zuletzt kann nur so gewährleistet werden, dass die Ressource einer Mitgliederpartei mit 500.000 potentiellen Multiplikatoren gesellschaftlich zur Entfaltung kommt.

Der Anspruch der SPD muss es weiter sein, als Volkspartei auch Mitgliederpartei zu bleiben, dazu gehört es der Entfremdung zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft aktiv entgegenzuwirken. Die SPD muss die kommende Zeit der Opposition nutzen, um zu alter Stärke und neuer Kraft zu kommen. ■

### **■ SPD: Aus der Opposition heraus Gestaltungskraft gewinnen**

Der Landesgruppe Berlin in der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages gehören in der neuen Legislaturperiode fünf Mitglieder an. Mechthild Rawert gratuliert den Kolleginnen Petra Merkel (Charlottenburg-Wilmersdorf) und Dr. Eva Högl (Mitte), die ihre Wahlkreise direkt geholt haben. Zusammen mit Swen Schulz (Spandau) und Wolfgang Thierse (Pankow) zieht Mechthild Rawert als Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete über die SPD-Landesliste in den Deutschen Bundestag ein.

Am 12. Oktober fand eine erste Landesgruppensitzung statt, in der einige Beschlüsse gefasst wurden:

1. Die „ostdeutschen“ Abgeordneten werden sich zu einer gemeinsamen Landesgruppe Ost formieren, da wir „nur“ noch 23 Abgeordnete aus den neuen Bundesländern einschließlich Ber-

lin stellen. Damit soll die Gestaltungskraft im Interesse der hiesigen Bürgerinnen und Bürger in der SPD-Bundestagsfraktion und im gesamten Parlament gestärkt werden.

2. Einstimmig wurde Mechthild Rawert zur Sprecherin der Landesgruppe Berlin gewählt. Rawert nimmt damit die Aufgabe wahr, innerhalb der Fraktion die Berliner Interessen und die ihrer KollegInnen zu vertreten, ist aber auch „Verbindungsfrau“ zur Berliner SPD.

3. Die Wahlkreise, die keine eigene SPD-Bundestagsabgeordnete haben, werden wie folgt betreut: Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln: Dr. Eva Högl; Steglitz-Zehlendorf: Petra Merkel; Reinickendorf: Mechthild Rawert; Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf: Swen Schulz; Treptow-Köpenick: Wolfgang Thierse. ■

## Gedenktage

### ■ **Welttag für menschenwürdige Arbeit als Zeichen für mehr internationale Zusammenarbeit**

„Die Schaffung und Erhaltung menschenwürdiger Arbeitsplätze mit sozialer Absicherung, Grundrechten und fairen Arbeitsbedingungen muss Ziel einer internationalen Zusammenarbeit und Aufgabe der Politik in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern sein. Vom steigenden Armutsrisiko sind vor allem Frauen betroffen. Diese Feminisierung der Armut muss durch eine verbesserte internationale Zusammenarbeit und die Solidarität der Industrieländer verhindert werden“, appelliert Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg, anlässlich des weltweiten Tages für menschenwürdige Arbeit am 07. Oktober.



Foto: derateru/www.pixello.de

Nach Schätzungen sind mittlerweile weltweit über 60 Prozent der Armen und von Armut bedrohten Menschen Frauen. Hier helfen, so Rawert weiter, keine nationalen Regelungen, sondern nur noch international verzahnte Strategien von Politik, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. Dabei dürfen die dramatischen Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise nicht dazu führen, dass

menschenwürdige Arbeitsplätze vernichtet werden und der Shareholder-Value-Kapitalismus wieder nur den Interessen der Kapitalbesitzer hinterherläuft.

Auch müsse es endlich signifikante Durchbrüche in der Welthandelsrunde geben, um den Entwicklungsländern faire Handelsmöglichkeiten zu eröffnen und den Frauen und Männern vor Ort berufliche Perspektiven zu eröffnen.

Die Politik müsse, so das prägnante Fazit von Mechthild Rawert, in der Zukunft das Heft des Handelns wieder stärker bestimmen. „Der freie Markt hat nicht dazu beigetragen, dass die weltweiten Arbeitsverhältnisse fairer ausgestaltet und leistungsgerechter bezahlt werden. Er wird dies auch in Zukunft nicht tun.“

Hier seien nun neben der Politik vor allem auch die Gewerkschaften gefordert. Diese müssen viel stärker als bisher international zusammenarbeiten, um dem globalisierten Kapital als wirksames und verbindendes Korrektiv entgegenzutreten zu können. ■

### ■ **Rawert: Weltherztag am 27. September macht seinem Namen alle Ehre**

„Der 27. September war vor allem für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kein Tag für schwache Nerven oder für ein schwaches Herz. Der letzte Sonntag war aber nicht nur ein Tag der politischen Weichenstellungen, sondern auch ein Tag, an dem die Deutsche Herzstiftung e.V. im Rahmen des Weltherztages erneut auf die Risiken von Herz-Kreislauf-Erkrankungen aufmerksam gemacht hat.

Das Motto *„Herzgesund am Arbeitsplatz“* ist ein wichtiges und für viele Menschen lebensrettendes Anliegen, dass ich voll unterstützte“, so die wieder in den Deutschen Bundestag eingezogene Gesundheitspolitikerin Mechthild Rawert.



Foto: JenaFoto24/www.pixre

Der Weltherztag ist eine Initiative unter Mitwirkung von kardiologischen Fachgesellschaften und Herzstiftungen aus über 100 Ländern. Bereits kleine Veränderungen im

Arbeitsalltag, eine gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung reichen, um nach Überzeugung der Expertinnen und Experten eine Vielzahl der weltweit mehr als 17 Millionen Todesfälle durch Schlaganfälle oder Herzkrankheiten zu vermeiden. Dazu gehören mindestens fünfmal täglich Obst und Gemüse auf dem Speiseplan, regelmäßige Kontrolle der Blutdruck-, Blutzucker- und Cholesterinwerte und natürlich eine rauchfreie Umgebung.

Es gilt jedoch auch, so Rawert weiter, darauf hinzuwirken, dass die Angebote der Unternehmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung weiter ausgebaut werden und es gilt für die künftige Regierungskonstellation, endlich den Widerstand gegen ein Präventionsgesetz aufzugeben.

Weitere Informationen mit Tipps zur Vorsorge und Prävention erhalten Sie auch unter [www.herzstiftung.de](http://www.herzstiftung.de). ■

## Zitat der Woche.

**„Jedem neuen Vorsitzenden und auch allen anderen Vorstandsmitgliedern wird Demutguttun: vor den Wählern, die uns mit 23 Prozent abgestraft haben, und den Mitgliedern, die im Wahlkampf wie Löwen gekämpft haben. Diese innere und ehrliche Haltung ist jetzt das Wichtigste und nicht schnelle und laute Reden.“**

Sigmar Gabriel, designerter SPD-Parteichef, Bild am Sonntag, 04.10.2009



## Impressum.

### Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030/227 737 50  
Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

## Kontakt.

### Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86  
12099 Berlin  
Tel: 030/720 13 884  
Fax: 030/720 13 994

eMail: [mecchthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mecchthild.rawert@wk.bundestag.de)

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:  
U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

## Online.

■ [www.mecchthild-rawert.de](http://www.mecchthild-rawert.de)

Und auch auf Facebook!

[www.facebook.com/mecchthild.rawert](http://www.facebook.com/mecchthild.rawert)